

Die Linke-Antwort auf die FUGE-news-Fragen

Frage 1 - Welche Maßnahmen zum Klimaschutz halten Sie für notwendig und sinnvoll?

1. DIE LINKE fordert die Reduzierung des Klimagas-Ausstoßes in Deutschland um mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts (jeweils gegenüber 1990). Deutschland muss dafür eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien bei gleichzeitig sparsamerem Umgang mit Energie vorantreiben. Der Neubau von Kohlekraftwerken muss verhindert werden. Eine solare Energiewende ist ein Beitrag zum globalen Klimaschutz und verringert die Importabhängigkeit vom Öl und Gas, die zur Neige gehen. Dadurch wird die regionale Wirtschaftsentwicklung gefördert und es werden Arbeitsplätze geschaffen. Eine Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz würde zudem Schwung in die stockenden UN-Klimaverhandlungen um ein Kyoto-Nachfolgeabkommen bringen. Konsequenter Klimaschutz ist als allererstes aber ein Akt internationaler Solidarität mit den am meisten vom Klimawandel betroffenen Menschen.

Frage 2 - Welche Kriterien für die Beschaffung sind für Sie zentral?

2. In Hamm muss mit größerer Entschlossenheit der wachsenden Ungleichheit in den Lebensverhältnissen und in der Bildung begegnet werden. Arbeitslosigkeit, daraus resultierende Armut, Ausschluss von der Bildung und damit auch von Lebenschancen stehen wachsendem Wohlstand anderer, verbunden mit Bildungsprivilegien, gegenüber. Lebensqualität darf nicht länger ausschließlich von Einkommen oder Vermögen bestimmt werden.

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit ist, die Menschen in Arbeit zu vermitteln. In Hamm erleben wir, dass eine Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik unter dem Motto betrieben wird „Jede Arbeit ist besser als keine“. Dafür werden auch Billig- und Dumpinglöhne in Kauf genommen. Das aber bedeutet, dass Tausende Menschen weiter wie bisher ergänzende Hartz IV-Leistungen beziehen. Das ist entwürdigend und wird von unserer Partei abgelehnt. Wir setzen uns für Löhne ein, von denen die Menschen und ihre Familien leben können. Arbeit muss existenzsichernd, sinnvoll und identitätsstiftend sein. Deshalb fordert DIE LINKE für Hamm:

- dass sich Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik an den Interessen der Beschäftigten orientiert,
- dass in Unternehmen, die öffentliche Gelder beanspruchen, die Mitsprache der MitarbeiterInnen sichergestellt wird,
- die Abschaffung der Zeitarbeit, Übergangsweise, gleiche Rechte und gleiche Bezahlung für Zeitarbeiter und Stammpersonal,
- die Umwandlung von 1 € Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse; durch 1 € Jobs darf kein Stammpersonal abgebaut werden.
- die Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die Mindestlöhne garantieren, soziale und ökologische Standards einhalten. Auftragsvergabe vorrangig nur an regionale Klein- und mittelständische Betriebe.
- Beendigung der interkommunalen Konkurrenzsituation und der damit verbundenen Gewerbesteuerenkungsspirale, damit es in vergleichbaren Städten und Kommunen zu gleichen Gewerbesteuerhebesätzen kommt,
- die monatliche Vorlage einer Positivliste über Ausbildungsbetriebe vor Ort (Veröffentlichung auf der städtischen Homepage, sowie im WA) und Erhebung einer Ausbildungsabgabe bei Betrieben, die nicht ausbilden,
- die bedarfsgerechte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen,
- Übernahme aller Auszubildenden in kommunalen Betrieben,
- Jährliche Vorlage eines Armuts- und Reichtumsbericht für die Stadt Hamm,
- finanzielle Unterstützung der Hammer Tafel,
- Schaffung eines Kommunalen Bündnisses für Arbeit in Hamm

Frage 3 - Würden Sie ökologische Auflagen (wie z.B. Gentechnikverbote) auf allen von der Stadt Hamm verpachteten landwirtschaftlichen Flächen befürworten?

3. DIE LINKE lehnt die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen ab, denn die ökologischen und gesundheitlichen Risiken sind nicht überschaubar.

- DIE LINKE unterstützt die Schaffung gentechnikfreier Regionen in Deutschland und Europa.
- Die Zulassungskriterien für gentechnisch veränderte Sorten müssen unter Einbeziehung ökologischer und sozialer Kriterien verschärft werden.
- Beibehaltung der „Nulltoleranz“ bei Importfuttermitteln, d.h. Importe aus Nicht-EU Ländern dürfen keine Bestandteile gentechnisch veränderter Pflanzen enthalten, die nicht in Europa zur Nutzung bereits zugelassen sind.
- Haftung: Sollten Schäden entstehen, dann müssen dafür die Nutzer der Agro-Gentechnik haften, insbesondere die Saatgutmulties.
- Kosten: Die Landwirte sollen nicht auf den Kosten für den Mehraufwand zum Schutz der ökologisch oder konventionell wirtschaftenden Betriebe sitzen bleiben.
- Die Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel müssen objektiver und transparenter sein.

4. Wie lässt sich der Strukturwandel nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ entwickeln?

4. DIE LINKE fordert einen geregelten Ausstieg aus der Kohleverstromung und wendet sich gegen neue Braunkohletagebaue. Der Emissionshandel muss dazu grundlegend reformiert werden, bislang setzt er eher Anreize für statt gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke. Zahlreiche Studien belegen, dass Deutschland aus der Atom- und Kohlewirtschaft aussteigen kann, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Dies ist jedoch kein Selbstläufer. Dazu bedarf es eines konsequenten Ausbaus erneuerbarer Energien sowie klarer gesetzlicher Vorgaben und Förderprogramme für einen gleichsam effizienten wie sparsamen Umgang mit Energie. Um den Menschen in den Bergbauregionen konkrete Perspektiven zu bieten, muss dies flankiert werden mit gezielten strukturpolitischen Programmen und darauf abgestimmten Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten in der Kohlewirtschaft.

5 - Wie stellen Sie sich zum Thema Flächenverbrauch in Hamm (Inlogpark und Rhynern)?

5. Brachflächen des Bergbaus sind nach der Beseitigung von entstandenen Umweltbelastungen in öffentliche Hand zu überführen, Ausweisung von Gewerbegebieten nur auf Industriebrachen / alten Industriegebieten.